



Umsetzung statt Utopie – Ein erster Zwischenstand zur Reform der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Olaf Wientzek

- › In der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU ist eine neue Dynamik sichtbar
- › Viele der unternommenen Maßnahmen laufen allerdings eher langsam an und werden eher lang- als kurzfristig Wirkung zeigen
- › Entsprechend bedarf es bei der GSVP eines langen Atems, aber auch eines klugen Erwartungsmanagements
- › Die EU ist nach wie vor auf das transatlantische Bündnis angewiesen. Die unternommenen Reformen können die europäischen Mitgliedstaaten aber zu fähigeren und damit attraktiveren Bündnispartnern machen.
- › Deutschland und Frankreich spielen eine entscheidende Rolle für den Erfolg der GSVP. Wichtig bleibt dennoch eine enge Einbindung anderer europäischer Akteure durch das deutsch-französische Tandem.

Inhaltsverzeichnis

Hintergrund	2
Überblick über die wichtigsten Maßnahmen	2
Herausforderungen	5
Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen	7

Selten herrschte mehr Euphorie über die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) als 2017. So betonte die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, die EU habe mit den Beschlüssen zur Stärkung der GSVP in den letzten zehn Monaten mehr erreicht als in den zehn Jahren zuvor¹.

Wie sind die Fortschritte bei der Umsetzung dieser Vorhaben und der Schaffung der „Europäischen Verteidigungsunion“ zu bewerten? Ist nach Jahren der enttäuschten Hoffnungen in diesem Politikbereich die Trendwende gelungen oder sind von der Aufbruchstimmung nur ein beachtlicher Papierberg von Absichtserklärungen und eine vage Utopie von einer „strategischen Autonomie“² der EU geblieben? Im Folgenden wird ein kurzer Blick auf einige der wichtigsten Reformen geworfen.

Hintergrund

Seit 2016 unternahmen die EU und ihre Mitgliedstaaten eine Reihe von Maßnahmen zur Stärkung der GSVP: Zum einen verabschiedete die EU 2016 eine neue Globale Sicherheitsstrategie (EUGS), zum anderen brachten mehrere Mitgliedstaaten – darunter auch Deutschland und Frankreich mit einem gemeinsamen Papier – konkrete Vorschläge zur Vertiefung der GSVP ein. Im Mai 2017 stellte die Europäische Kommission ihrerseits ein Reflexionspapier vor, in welchem sie drei Szenarien zur zukünftigen Entwicklung der europäischen Verteidigungspolitik skizziert. Diese Initiativen führten seit 2017 zu mehreren Vorhaben auf EU-Ebene, deren Umsetzung inzwischen begonnen hat:

Überblick über die wichtigsten Maßnahmen

1. Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) – kleine Schritte nach politischem Erfolg

Eine der wichtigsten Maßnahmen war die Aktivierung der so genannten **Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit** (SSZ, in Anlehnung an den englischen Namen in der Regel mit **PESCO** abgekürzt) im Dezember 2017. Dieses bereits seit dem Lissabon-Vertrag bestehende Instrument ermöglicht es einer Gruppe besonders befähigter Mitgliedstaaten, enger im Bereich der Verteidigungspolitik zusammenzuarbeiten. Eine solche Zusammenarbeit kann die Verbesserung der Interoperabilität aber auch die Durchführung gemeinsamer Rüstungsprojekte umfassen. Im Vorfeld gab es unterschiedliche Vorstellungen über die Ausgestaltung dieses Instruments: So setzte sich Frankreich für ein möglichst ehrgeiziges PESCO ein und nahm dafür eine Beschränkung auf eine kleinere Zahl von Mitgliedstaaten in Kauf. Letztlich setzte sich aber das von Deutschland unterstützte deutlich inklusivere Modell durch: 25 der 28 Mitgliedstaaten beteiligen sich nun an verschiedenen Vorhaben im Rahmen von PESCO.

Im März 2018 wurden die ersten 17 konkreten Projekte auf den Weg gebracht: Die Mehrzahl der Vorhaben sind in Umfang und Potential eher bescheiden. Einige, wie etwa das Europäische Sanitätskommando, die Schaffung eines logistischen Knotenpunkts oder die Stärkung militärischer Mobilität werden jedoch als Maßnahmen von großem Mehrwert angesehen. PESCO hat es mithin ermöglicht, diese – teils schon länger geplanten – Projekte in Angriff zu nehmen. Bemerkenswert sind die Pläne für die Verbesserung der Mobilität von militärischem Material und Personal, an dem sich insgesamt 24 EU-Mitgliedstaaten beteiligen werden. In ihrem Vorschlag für den nächsten EU-Haushalt hat die Kommission dafür bereits insgesamt 6,5 Milliarden Euro veranschlagt. Ein Aktionsplan wurde im März 2018 verabschiedet, erste Maßnahmen sollen 2019 anlaufen. An diesem Projekt hat auch die NATO großes Interesse.³ Zudem haben sich die teilnehmenden Mitgliedstaaten zu einer regelmäßigen Erhöhung der realen Verteidigungsausgaben sowie auf eine Erhöhung des Anteils von Ausgaben für Rüstung und Forschung verpflichtet.

Land	PESCO-Projekte
Belgien	6
Bulgarien	3
Deutschland	7
Estland	1
Finnland	3
Frankreich	8
Griechenland	9
Irland	2
Italien	15
Kroatien	5
Lettland	2
Litauen	2
Luxemburg	2
Niederlande	7
Österreich	4
Polen	2
Portugal	6
Rumänien	5
Schweden	3
Slowakei	5
Slowenien	2
Spanien	12
Tschechien	3
Ungarn	3
Zypern	6

Das Engagement der Mitgliedstaaten bei PESCO ist bislang unterschiedlich stark ausgeprägt (siehe Tabelle): Italien, Spanien, Deutschland, die Niederlande, Griechenland, Belgien und Frankreich beteiligen sich an vielen PESCO-Projekten. Zurückhaltender sind bislang die meisten mittelosteuropäischen und baltischen Länder: immerhin wurde ein wichtiges Projekt (Cyber response) von Litauen initiiert.

Nach einer ersten Abstimmung zu den Verteidigungsplanungen der EU-Mitgliedstaaten sollen im November 2018 weitere Vorhaben auf den Weg gebracht werden: Dieser Prozess zur Koordination der nationalen Verteidigungsplanungen (CARD)⁴ ist ein wichtiger Baustein zur Identifizierung von Fähigkeitslücken und Dopplungen zwischen den Mitgliedstaaten – und damit eine Voraussetzung für ehrgeizigere Projekte im Rahmen von PESCO.

Gegen Jahresende sollen zudem die Bedingungen für die Beteiligung von Nicht-EU-Mitgliedstaaten bei PESCO festgelegt werden. Hierbei geht es nicht nur um den künftigen Einbezug Großbritanniens. Auch Kanada und offenbar selbst die USA haben bereits Interesse an einer Beteiligung an PESCO-Projekten signalisiert.

Politisch gesehen ist PESCO bislang ein Erfolg, auch aufgrund der starken Resonanz der Mitgliedstaaten: der hohe Beteiligungsgrad und besonders auch die Teilnahme Polens kamen für viele Beobachter unerwartet. Letztlich wollten einige zunächst eher skeptische mittelosteuropäische und baltische Länder bei dieser Initiative nicht außen vor sein und riskieren, langfristig in der GSVP den Anschluss zu verlieren – ein Europa der zwei Geschwindigkeiten in der Verteidigungspolitik würde drohen.

Das Engagement der Mitgliedstaaten bei PESCO ist unterschiedlich stark ausgeprägt.

Politisch gesehen ist PESCO bislang ein Erfolg.

2. Der Europäische Verteidigungsfonds – ein Quantensprung für Forschung und Fähigkeitsentwicklung

Mit der Einigung auf die Schaffung eines **Europäischen Verteidigungsfonds (EDF)**, durch welchen Verteidigungsforschung und die Entwicklung von Fähigkeiten gefördert werden sollen, ist potentiell ein Quantensprung gelungen:⁵ Erstmals bringt die Europäische Kommission ihr politisches und finanzielles Gewicht voll in die GSVP ein. Ab 2021 sollen 500 Millionen Euro jährlich in ein eigenständiges Verteidigungsforschungsprogramm fließen. Gleichzeitig sollen langfristig bis zu einer Milliarde jährlich für die Förderung der gemeinsamen Entwicklung von Fähigkeiten mobilisiert werden⁶. In ihrem Entwurf für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen geht die Europäische Kommission noch weiter und veranschlagt insgesamt über vier Milliarden (von 2021–2027) für Forschung und 8,9 Milliarden für die Unterstützung von Fähigkeitsentwicklung. Diese Größenordnung kann bei Forschung und Fähigkeitsentwicklung durchaus einen Unterschied machen. Noch offen ist gleichwohl, ob es bei diesen ehrgeizigen Zahlen tatsächlich auch bleiben wird, denn die Haushaltsverhandlungen stehen noch bevor: Die Erfahrung zeigt, dass beim Kampf um Agrar- und Strukturfonds notwendige Mittelaufwüchse in den Feldern Innovation und Auswärtiges häufig geopfert werden.

Der Europäische Verteidigungsfonds ist ein Quantensprung.

Damit bereits 2019 und 2020 – und somit noch vor dem nächsten Finanzrahmen – mehr Mittel für Fähigkeitsentwicklung fließen können, einigten sich Mitgliedstaaten und das EP auf das Europäische Programm zur Entwicklung der Verteidigungsindustrie (EDIDP)⁷: Mit der Verordnung, die mit dem Europäischen Verteidigungsfonds verbunden ist, sollen 500 Millionen Euro zur Fähigkeitsentwicklung bereit gestellt werden, um damit die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Verteidigungsindustrie zu stärken und finanzielle Anreize für Fähigkeitsentwicklungsprogramme zu bieten.

3. Schaffung eines militärischen Planungs- und Durchführungsstabs – Keimzelle für ein militärisches EU- Hauptquartier

Im Juni 2017 wurde nach langem Ringen ein militärischer Planungs- und Durchführungsstab (Military Planning and Conduct Capability, MPCC) geschaffen. Hinter der sperrigen Bezeichnung verbirgt sich die Keimzelle eines vom EP und mehreren Mitgliedstaaten seit langem geforderten militärischen Hauptquartiers der EU. Der MPCC ist zunächst für die Durchführung so genannter nicht-exekutiver Missionen, das heißt für Trainingsmissionen, zuständig. Pläne für ein Hauptquartier mit weiter gehenden Befugnissen wurden vorerst u.a. aufgrund des Widerstands Großbritanniens, vertagt. Der MPCC soll nach den Vorstellungen vieler Mitgliedstaaten mittelfristig aber zu einem militärischen Hauptquartier ausgebaut werden. Noch ist allerdings die Personalausstattung selbst der aktuellen Struktur nicht abgeschlossen: Vor allem kleinere Mitgliedstaaten tun sich schwer, das notwendige Personal bereitzustellen, was nicht zuletzt am parallel wachsenden Personalbedarf bei der NATO liegt. Zunächst wird sich der MPCC bei der Steuerung der Trainingsmissionen beweisen müssen. Die ersten Eindrücke von Beobachtern sind bislang positiv.

Militärischer Planungs- und Durchführungsstab ist vorerst nur für EU-Trainingsmissionen zuständig.

4. Ein schwieriges Terrain: Stärkung der Einsatzfähigkeit – im EU-Rahmen oder außerhalb?

Die Stärkung der militärischen Einsatzfähigkeit im Rahmen von EU-Missionen bleibt eine Herausforderung. Die seit ihrer Schaffung 2007 noch nie genutzten EU-Kampfgruppen sind das prominenteste Beispiel für die Probleme in diesem Bereich. Die Gespräche über eine breitere Finanzierung von EU-Missionen gestalteten sich in diesem Kontext zunächst schwierig. Im Juni 2018 stellte die Europäische Kommission die groben Linien einer künftigen „EU-Friedensfazilität“ (European Peace Facility, EPF) vor, die künftig auch mehr Kosten von GSVP-Mission als bisher decken könnte: Für die Zeit von 2021 bis 2027 würden dafür

10,5 Milliarden bereit gestellt – diese Mittel wären nicht Teil EU-Haushaltes: Mit der EPF könnten auch friedenserhaltende Operationen von Drittländern unterstützt werden. Ziel ist es, noch im ersten Halbjahr 2019 im Rat eine Einigung zur EPF zu finden, um das Instrument 2021 zum Einsatz zu bringen. Die geplante Reform zur Verbesserung der Einsatzfähigkeit der EU-Kampfgruppen ist hingegen noch nicht abgeschlossen. Trotz der Versicherung der Hohen Vertreterin Federica Mogherini, die Mitgliedstaaten seien insgesamt entschlossener, das nötige Personal für GSVP-Missionen bereitzustellen, bestehen nach wie vor Personallücken bei einigen GSVP-Missionen. Noch offen ist, ob die Mitgliedstaaten künftig auch eine stärkere Bereitschaft nicht nur für zivile, sondern auch militärische GSVP-Missionen zeigen: Von den seit 2003 lancierten Missionen waren nur ein Drittel militärische Einsätze.

Die Schritte zur Stärkung der militärischen Einsatzfähigkeit entsprechen bislang noch nicht den ehrgeizigen Vorstellungen Frankreichs. Entsprechend initiierte der französische Präsident Emmanuel Macron eine **Interventionsinitiative (EI2)**, bei der eine kleinere Gruppe von Mitgliedstaaten sich verpflichtet, durch stärkere Zusammenarbeit zwischen ihren Streitkräften zur Entwicklung einer gemeinsamen strategischen Kultur beizutragen. Dies wiederum soll dazu führen, Militäroperationen entweder im EU-, NATO- oder UN-Rahmen oder als ad-hoc-Koalition auszuführen. In einem ersten Schritt soll dies den Austausch von Lagebeurteilungen, die Erarbeitung von gemeinsamen Möglichkeiten des Handelns und Erarbeitung von „Lessons Learnt“ aus Operationen umfassen. Die Interventionsinitiative sieht allerdings nicht die Schaffung neuer Schnelleinsatzkräfte vor⁸. Das Besondere: Bei der Initiative, die nicht im EU-Rahmen eingebettet ist, sind – im Gegensatz zu PESCO – zum einen das Vereinigte Königreich mit an Bord, zum anderen Dänemark, welches nicht an der GSVP teilnimmt. Von nicht wenigen Beobachtern wurde EI2 anfangs als Konkurrenzprojekt zu PESCO wahrgenommen. Insgesamt unterschrieben am 25. Juni 2018 neun Mitgliedstaaten die Absichtserklärung zur Schaffung der Interventionsinitiative⁹. Nach anfänglicher Skepsis beteiligt sich auch Deutschland. Allerdings wurde in der Absichtserklärung explizit festgehalten, dass die Interventionsinitiative soweit wie möglich mit den Bemühungen im Rahmen von PESCO verknüpft werden soll. Andere Mitgliedstaaten, wie Italien, stehen der Initiative noch abwartend gegenüber.

Pläne sind für Frankreich bisher nicht ehrgeizig genug.

Interventionsinitiative soll mit PESCO verknüpft werden.

5. EU-NATO-Zusammenarbeit – neue Dynamik, langsame Umsetzung

Seit dem NATO-Gipfel im Juli 2016 in Warschau hat die Kooperation zwischen EU und NATO an Fahrt aufgenommen: inzwischen sind rund 74 gemeinsame Projekte beschlossen worden, viele davon im Bereich der hybriden Bedrohungen. Die Umsetzung erweist sich jedoch häufig als mühsam, bislang sind erst rund 12 Projekte tatsächlich auf den Weg gebracht worden. Im Vergleich zu früheren Jahren sind gleichwohl Fortschritte zu verzeichnen: Unter anderem erfolgt eine stärkere Synchronisierung der Planungsprozesse beider Organisationen, wenn auch hier noch Luft für Verbesserungen bleibt. Wie das Projekt zur Stärkung militärischer Mobilität deutlich macht, haben einige PESCO-Projekte durchaus einen erheblichen Mehrwert für die NATO. Bei der praktischen Zusammenarbeit - sei es bei militärischer Mobilität (Stichwort: „militärischer Schengenraum“), bei hybrider Kriegsführung oder in der maritimen Sicherheit - stößt die Kooperation trotz unbestreitbarer Fortschritte immer wieder an (teils altbekannte) Grenzen.¹⁰ Den Mitgliedstaaten ist gleichwohl wichtig, dass GSVP-Vertiefung und NATO-Zusammenarbeit weiter komplementär bleiben: Beim NATO-Gipfel im Juli 2018 wurde verabredet, die sieben NATO-Mitgliedstaaten, die nicht der EU angehören, eng in die diversen EU-Vorhaben zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit einzubinden.¹¹

Herausforderungen

Trotz einiger Fortschritte müssen zur langfristigen Stärkung der GSVP noch mehrere Herausforderungen adressiert werden:

a. Ziele und Prioritäten der GSVP

Nach wie vor gibt es keinen Konsens zu Sinn und Zweck der GSVP. Auch die Globale Strategie der EU gibt hierzu keine abschließende Auskunft. Letztlich wird die GSVP Konfliktprävention beispielsweise in Subsahara-Afrika betreiben müssen, gleichzeitig sollte aber auch eine Ausgestaltung der im Lissabon-Vertrag enthaltenen Solidaritätsklausel erfolgen. Die Konzeption eines Weißbuchs zur Sicherheitspolitik könnte die Herausbildung eines solchen ganzheitlichen Konsenses zur GSVP befördern.

Nach wie vor fehlt ein starker Konsens zu Zielen und Prioritäten der GSVP.

b. sicherheitspolitische Einbindung des Vereinigten Königreichs nach dem Brexit

Auch wenn ohne die Perspektive des Brexit einige der oben genannten Schritte (PESCO, MPCC) wohl nicht oder zumindest nicht so rasch Realität geworden wären, ist der EU-Austritt Großbritanniens ein herber Schlag für die europäische Sicherheitsarchitektur. Beide Seiten haben grundsätzlich ein starkes Interesse an einer engen künftigen Zusammenarbeit. Großbritannien ist ein militärisches Schwergewicht, hat ein weit verzweigtes diplomatisches Netzwerk, einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat und ist ein wichtiger Akteur in Industrie, Forschung und Fähigkeitsentwicklung. Insbesondere bei der nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit aber auch bei Lufttransport und Raumfahrt läge eine enge Zusammenarbeit im Interesse der EU. Entsprechend wäre es für beide Seiten sinnvoll, ein möglichst ehrgeiziges Abkommen im Bereich der Sicherheitszusammenarbeit abzuschließen: Dies sollte auch einen weitgehenden Zugangs Großbritanniens zu PESCO-Maßnahmen bedeuten sowie die Teilnahme an durch den Europäischen Verteidigungsfonds unterstützten Projekten.

c. die Rolle des Deutsch-Französischen Tandems

Ohne ein intensives Engagement Deutschlands und Frankreichs würde der neue Elan in der GSVP rasch verebben: Eine Einigung auf eine deutsch-französische Position zu PESCO im Juli 2017 war entscheidend für den raschen Beschluss auf EU-Ebene. Die Bereitschaft Deutschlands, sich unter bestimmten Voraussetzungen an der von Macron initiierten Interventionsinitiative beteiligen zu wollen, ist ein politisch wichtiges Signal an Frankreich. Im Gegenzug muss Berlin Paris dafür gewinnen, im Bereich der Verteidigungspolitik schwerpunktmäßig im EU-Rahmen und nicht in zwischenstaatlichen Bündnissen zu handeln: Ersteres mag mühsamer sein, ist aber durch die stärkere Institutionalisierung nachhaltiger und weniger von (wechselnden) politischen Konstellationen einer „Koalition der Willigen und Fähigen“ abhängig. Drei Maßnahmen wären wichtig: 1. Zum einen sollten noch ehrgeizigere Projekte im Rahmen von PESCO im November dieses Jahres beschlossen werden. Denn so würde Frankreich gezeigt, dass PESCO trotz aller politischen Inklusivität die GSVP auch militärisch entscheidend voranbringen kann. 2. Deutschland müsste eine stärkere Bereitschaft zur Beteiligung auch an militärischen Einsätzen demonstrieren. 3. Durch rechtzeitige Einbindung anderer starker Akteure (Spanien, Italien, Polen oder die Niederlande) würde die EU-weite Akzeptanz deutsch-französischer Initiativen in diesem Bereich gestärkt.

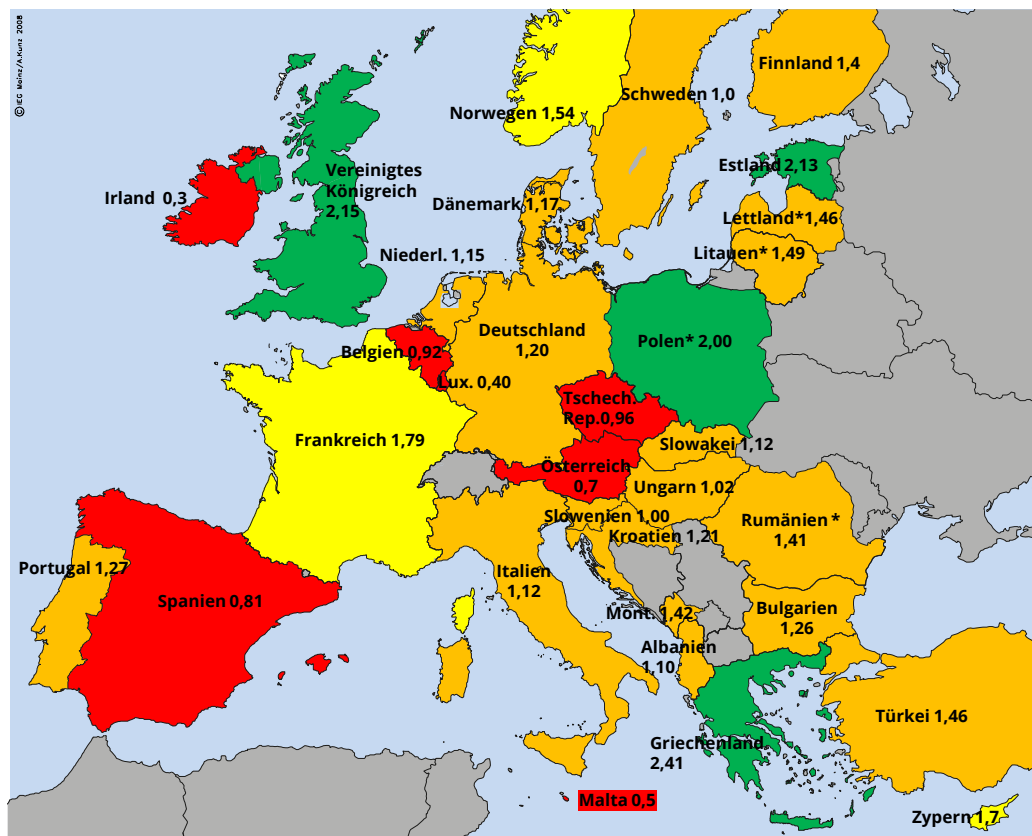
Deutschland müsste eine stärkere Bereitschaft zu militärischen Einsätzen demonstrieren.

d. Nachhaltige Erhöhung der Verteidigungsausgaben

Die Verteidigungsausgaben einer Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten liegen unterhalb der 2 Prozent-Marke (siehe Karte), das gilt sowohl für die NATO- Mitgliedstaaten als auch die Nicht-Mitgliedstaaten wie Österreich, Schweden oder Finnland. Durch den Austritt Großbritanniens werden künftig 80 Prozent der Verteidigungsausgaben der NATO außerhalb der EU getätigt. In vielen Mitgliedstaaten wären die Streitkräfte mit der Wahrnehmung der eigentlich notwendigen Aufgaben zum aktuellen Zeitpunkt wohl überfordert. Entsprechend müssen Investitionen, v.a. in Forschung und Entwicklung fast flächendeckend spürbar erhöht werden. Seit 2017 ist in den meisten EU-Ländern immerhin ein Trend zu einer spürbaren Anhebung der Verteidigungsausgaben zu verzeichnen. Vier EU-und NATO-Mitglieder (Lettland, Litauen, Polen, Rumänien) haben sich rechtlich oder politisch zudem verpflichtet, 2018 2 Prozent ihres BIP für Verteidigung auszugeben.

Investitionen insbesondere in Forschung und Entwicklung müssten spürbar erhöht werden.

Verteidigungsausgaben der EU-Mitgliedstaaten und der europäischen NATO-Mitgliedstaaten (2016)



*Mitgliedstaat hat sich politisch oder rechtlich verpflichtet, mind. 2% des BIP für Verteidigung auszugeben

Quelle (Daten): NATO Press Release (2018): Defence Expenditure of NATO Countries (2011-2018), 10.7.2018, Eurostat

Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen

Die Ankündigungen von 2017 waren mehr als nur heiße Luft. Eine neue Dynamik ist sichtbar, insbesondere durch die Einführung von PESCO und die Errichtung eines Europäischen Verteidigungsfonds. Die Umsetzung vieler Vorhaben bleibt mühsam und nach wie vor steht die GSVP vor erheblichen Herausforderungen. Bei aller Euphorie über den Neustart der GSVP sollte ein realistischer Blick gewahrt werden:

1. So wichtig die Schaffung eines Binnenmarkts für Rüstungsgüter und die Förderung von Fähigkeitsentwicklung und Forschung auch sind: Der wirkliche Testfall wird die Bereitschaft zu gemeinsamem militärischem Handeln in einem akuten Konflikt sein.
2. Viele der Maßnahmen (insbesondere bei Forschung und Fähigkeitsentwicklung) sind sehr langfristig angelegt. Erfolge werden sich hier eher in den nächsten zehn Jahren als in den nächsten zehn Monaten einstellen. Die Umsetzung der in den letzten Monaten angekündigten Initiativen wird viel politischen Willen kosten.
3. Entsprechend ist Erwartungsmanagement gefragt. Trotz der Fortschritte stellt die GSVP keine Alternative, sondern eine Ergänzung zum transatlantischen Bündnis dar. Der Glaube, die EU sei nicht mehr auf das transatlantische Bündnis angewiesen, ist bis auf weiteres eine Utopie¹². Allerdings können die unternommenen Schritte dazu beitragen, die europäischen Bündnispartner zu einem fähigeren und damit attraktiveren Pendant zu machen.

GSVP ist Ergänzung
nicht Alternative zum
transatlantischen
Bündnis.

Für die erfolgreiche Schaffung einer Europäischen Verteidigungsunion bedarf es langanhaltenden politischen und finanziellen Engagements. Für die kommenden Monate und Jahre können unter anderem folgende Schritte dazu beitragen:

- › Im Rahmen von PESCO sollten ab November ehrgeizige Projekte in Angriff genommen werden. Wünschenswert wären auch mehr Initiativen aus den mittelosteuropäischen Ländern.
- › Dopplungen von PESCO und der Interventionsinitiative vermeiden und idealerweise letztere nutzen, um ehrgeizige Projekte in PESCO anzustoßen
- › Eine enge Zusammenarbeit mit Nicht-EU-NATO-Staaten im Rahmen von PESCO. Die Mitwirkung dieser Länder an durch den Europäischen Verteidigungsfonds geförderten Fähigkeitsvorhaben sollte ermöglicht werden.
- › Keine Kürzung bei den für Verteidigung von der Europäischen Kommission angesetzten Beträgen im Rahmen der MFR-Verhandlungen.
- › Die Einigung auf ein ehrgeiziges Sicherheitsabkommen mit Großbritannien wäre ein wichtiges Signal der Stärke an Partner und Gegner in der Welt
- › Es bedarf einer erheblichen Erhöhung der Verteidigungsausgaben, insbesondere in den Bereichen Forschung und Entwicklung.
- › Konzeption eines sicherheitspolitischen Weißbuchs über Ziele, Prioritäten und Instrumente der GSVP.
- › Die GSVP sollte eine Priorität der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 sein.

- 1 Vgl. Speech by HR/VP Mogherini at the 2017 European Union Institute for Security Studies annual conference on "The EU Global Strategy: Translating vision into action", siehe auch hier: https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/28575/speech-hrvp-mogherini-2017-european-union-institute-security-studies-annual-conference-eu_en, abgerufen am 04.07.2018
- 2 Vgl. EEAS (2016): A Global Strategy for the European Union's Foreign And Security Policy.
- 3 Vgl. Bulletin Quotidien Europe 26 June 2019: Council invites member states to act by end 2019 to improve military mobility within EU: : Zur Verbesserung der Mobilität von Material und Personal hat das transatlantische Bündnis seit 2014 rund zwei Milliarden Euro investiert.
- 4 Coordinated Annual Review of Defense.
- 5 Zu den Details des EDF siehe Wientzek, Keller (2017): Bewegung in der europäischen Sicherheitspolitik – Gedanken, Analysen und Argumente 268/2017, 19.07.2017 und Wientzek (2017): Hoffnungsschimmer für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, Analysen und Argumente 236/2017, 26.01.2017.
- 6 Europäische Kommission: MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds Brüssel, den 07.06.2017. COM(2017) 295 final.
- 7 European Defence Industrial Development Programme (EDIDP), Rat der EU: Pressemitteilung 23.05.2018: European defence: Council and European Parliament reach provisional agreement on a regulation establishing the European Defence Industrial Development Programme.
- 8 vgl. Letter of intent concerning the development of the European Intervention Initiative (EI2), https://augengera-deaus.net/wp-content/uploads/2018/06/EI2_LOI.pdf, abgerufen am 10.08.2018.
- 9 Frankreich, Deutschland, Spanien, Portugal, Estland, Dänemark, Niederlande, Belgien, das Vereinigte Königreich.
- 10 Für eine ausführlichere Darstellung: Koenig, Nicole: EU-NATO cooperation Distinguishing narrative from substance, Jacques Delors Institute, 20 July 2018.
- 11 Vgl. Brussels Summit Declaration Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Brussels 11-12 July 2018 (Punkte 71/72), auch abrufbar unter: https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_156624.htm. abgerufen am 23.07.2018.
- 12 Nach einer im Juli 2018 von Forsa veröffentlichten Umfrage in Deutschland glauben 56 Prozent der Befragten, dass Europa auch ohne den Beistand der USA selbst für seine Sicherheit sorgen könne.

Impressum

Der Autor

Olaf Wientzek ist Koordinator für Europapolitik im Team Außen-, Sicherheits- und Europapolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Olaf Wientzek

Koordinator für Europapolitik
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
Telefon: +49(0)30/26996-3509
E-Mail: olaf.wientzek@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2018, Sankt Augustin/Berlin

Gestaltung: yellow too Pasiek Horntrich GbR

Satz: Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Druck: copy print Kopie & Druck GmbH, Berlin

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-464-5



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Bildvermerk Titelseite

© European Parliament, flickr

CC BY-NC-ND 2.0, <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/>